

Antrag

**der Abgeordneten Christiane Schneider, Cansu Özdemir, Mehmet Yildiz,
Kersten Artus, Tim Golke, Norbert Hackbusch, Dora Heyenn
und Heike Sudmann (DIE LINKE)**

**Betr.: NSU-Terror und Behördenversagen: Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf
Aufklärung**

Vor knapp eineinhalb Jahren kam per Zufall ans Licht, dass die schreckliche Mordserie, der in den vorangegangenen zehn Jahren zehn Menschen zum Opfer gefallen waren, sowie weitere bis dahin unaufgeklärte schwere Straftaten durch die rechtsterroristische Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) verübt worden waren. Am 17. April 2013 beginnt der Prozess gegen Beate Zschäpe sowie vier mutmaßliche Helfer der Terrorgruppe in München, bei dem es auch um den Mord an dem Hamburger Süleyman Taşköprü gehen wird.

Knapp eineinhalb Jahre hatten auch die Hamburger Sicherheitsbehörden Zeit, schwerwiegende Versäumnisse bei der Aufklärung des Mordes an Süleyman Taşköprü aufzuarbeiten und Konsequenzen zu ziehen.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Bürgerschaft und damit die Hamburger Öffentlichkeit umfassend über die Ermittlungen zum Mord an Süleyman Taşköprü, über die dabei begangenen Versäumnisse und Fehler sowie die aus der Analyse der Versäumnisse und Fehler abgeleiteten Konsequenzen und ergriffenen Maßnahmen zu informieren;
2. die Bürgerschaft und damit die Hamburger Öffentlichkeit über den Stand der Aufklärung des Mordes an Süleyman Taşköprü, über mögliche Helfer und Helfershelfer sowie über mögliche Verbindungen des NSU und seines Umfeldes zur Hamburger Neonazi-Szene zu informieren;
3. der Bürgerschaft den Bericht bis zum 31.5.2013 vorzulegen.